



## **Werte im Wandel – Values in a changing world**

Professor Dr.-Ing. Dieter Ameling  
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl  
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Hauptsitzung 11. November 2005  
anlässlich STAHL 2005 in Düsseldorf

## I. Stahlindustrie im Wandel

Der Werkstoff Stahl und seine Industrie erfreuen sich weiterhin weltweit einer hohen Anerkennung. Zwar wird bei der Walzstahlverwendung in diesem Jahr die 1 Milliarden-Tonnen Grenze vermutlich knapp verfehlt werden (**Bild 1**). Die Stahlnachfrage wächst in diesem Jahr aller Voraussicht nach „nur“ um etwa 2,6 Prozent. Aber schon für das nächste Jahr erwarten wir einen Zuwachs um etwa 5 ½ Prozent. Die globale Stahlnachfrage wird sich bis zum Jahre 2010 um weitere knapp 15 Prozent auf über 1,2 Milliarden Tonnen Walzstahl erhöhen. Getrieben wird dieses Wachstum in erster Linie von den bevölkerungsreichen Ländern in Südamerika und Asien, insbesondere China und Indien. Aber auch innerhalb der Europäischen Union der Fünfundzwanzig können wir mit einer Zunahme bei der Stahlnachfrage von voraussichtlich 162 Millionen Tonnen in diesem Jahr auf 176 Millionen im Jahre 2010 rechnen. Dies entspricht einem Zuwachs von insgesamt über 8 Prozent. Die Wertschätzung für den Werkstoff Stahl ist auch in Europa mit hohen Wachstumspotentialen verbunden.

Die Entwicklung bei der Stahlnachfrage ist eng mit der fortschreitenden Globalisierung verknüpft. Eine wachsende Zahl von Ländern nimmt an der internationalen Arbeitsteilung teil. Sie alle brauchen Stahl, um ihre Bedürfnisse zu decken. Stahl macht modernes, angenehmes Leben in immer größeren Teilen dieser Welt möglich. Stahl ist Träger des globalen Wandels und baut seinen Vorsprung gegenüber Alternativwerkstoffen ständig aus (**Bild 2**). Dies gilt auch, wenn man – dem Motto von STAHL 2005 angemessen – eine wertmäßige Betrachtung zugrunde legt.

Die voranschreitende Globalisierung der Weltwirtschaft hat auch die Weltstahlansicht einschneidend verändert. Drei Faktoren treiben diesen Wandel in besonderem Maße an:

- Erstens: Der **internationale Wettbewerb** wird immer härter (**Bild 3**). Rasante Verschiebungen haben im internationalen Handel stattgefunden: Der Weltmarktanteil der traditionellen Stahlerzeugungsländer hat sich von etwa 77 Prozent im Jahre 1990 auf unter 50 Prozent im vergangenen Jahr verringert, zugunsten neuer Anbieter aus Osteuropa, den GUS-Ländern und Entwicklungs-

sowie Schwellenländern wie insbesondere China. Der Anteil der Weltexporte an der globalen Walzstahlproduktion hat sich von 26,2 Prozent im Jahre 1990 um knapp 50 Prozent auf heute fast 40 Prozent erhöht.

- Zweitens hat sich die **Arbeitsteilung innerhalb der Wertschöpfungsketten** verändert: Stahlunternehmen wandeln sich vom reinen Werkstofflieferanten konsequent zum **Systempartner**, die ihre Kunden bei Forschung und Fertigung unterstützen und eigene Impulse für Entwicklungen geben. Damit vertieft sich die Zusammenarbeit zwischen Stahlherstellern und Stahlverarbeitern, gerade in den Netzwerken der Automobilindustrie und des Maschinenbaus. Forschungs- und Entwicklung werden dadurch noch wichtiger. Mit der zunehmenden Auffächerung der Wertschöpfungsstufen erhalten auch kleinere Unternehmen ihre Chancen im Wettbewerb.
- Drittens gibt es den Trend zu immer größeren Unternehmenseinheiten (**Bild 4**): 1995 entfielen auf die weltweit fünf größten Stahlunternehmen ein Anteil von etwa 13 Prozent an der globalen Rohstahlerzeugung. Knapp zehn Jahre später sind es schon etwa 20 Prozent. Drei der heute fünf größten Unternehmen gab es vor fünf Jahren noch nicht in der jetzigen Form. Gerade in den letzten zwei Jahren hat der weltweite **Konsolidierungsprozess** kräftig an Fahrt aufgenommen: Im vergangenen Jahr gab es weltweit im Stahlbereich 117 Übernahmetransaktionen in Höhe von 31,4 Milliarden Dollar. Dies entspricht 85 Prozent des Volumens, das im Bereich Mergers & Aquisitions im gesamten Metallsektor abgeschlossen wurde.

Auch in den nächsten Jahren wird nach unserer Einschätzung die fortdauernde Konsolidierung das **zentrale Merkmal** sein, das den Strukturwandel in der globalen Stahlindustrie prägt. Dieser Wandel ist weiterhin notwendig, um weltweit die langfristigen Voraussetzungen für profitables Wachstum zu schaffen. In Westeuropa, den Vereinigten Staaten und Japan ist die Konsolidierung bereits weit vorangeschritten.

## II. **Stahl aus Deutschland im globalen Wettbewerb**

Die Stahlindustrie in Deutschland ist in dem Prozess des Wandels sehr gut aufgestellt:

- Beispiel **internationaler Handel**: Deutschland weist im Stahlbereich eine Exportquote von über 50 Prozent auf und belegt damit einen internationalen Spitzenplatz. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften wachsende Überschüsse im internationalen Handel, in diesem Jahr knapp drei Milliarden Euro. Dies entspricht etwa 50 Prozent des Außenhandelsüberschusses der EU-15. Wachsende Bedeutung für Stahlexporte aus Deutschland haben die zehn Beitrittsländer erhalten (**Bild 5**). Der in punkto Menge negative Stahlaußenhandelssaldo nimmt stetig ab und hat sich aktuell sogar in einen leichten Überschuss verwandelt. Wertmäßig betrachtet ergibt sich ein deutliches Plus in Höhe von 175 Millionen Euro in den ersten acht Monaten dieses Jahres.
- Beispiel **technologisches Know-how**: Wir verfügen gerade in Deutschland über eine ausgeprägte Werkstoffkompetenz, besonders im Stahlbereich, die auf einer gewachsenen Forschungslandschaft basiert. Um diese Führungsrolle zu untermauern, hat der Initiativkreis Ruhrgebiet vor zwei Wochen zu einer internationalen Werkstoffkonferenz in Essen eingeladen und einen mit 100.000 Euro weltweit höchst dotierten Werkstoffpreis vergeben. Dieses erste, wir nennen es „Werkstoff Davos“ befasste sich mit dem Schwerpunkt „Werkstoffe für die Energietechnik der Zukunft“. Hier steht Stahl natürlich im Mittelpunkt.

Technologiekompetenz führt zu Wettbewerbsvorteilen in den besonders hochwertigen Marktsegmenten. Die zunehmende Menge oberflächenveredelter Bleche in der Ausfuhr ist hierfür ein wichtiger Beleg (**Bild 6**).

Hinzu kommt: Mit dem Trend zu Systempartnerschaften wird die Nähe zu und die Einbettung in leistungsfähige Wertschöpfungsnetzwerke immer wichtiger. Deutschland, aber auch die Europäische Union insgesamt, haben hier hervorragende Karten im Spiel.

- Schließlich hat sich durch die **Konsolidierung** auch der Stahlmarkt in Deutschland gefestigt. Dies belegen insbesondere die Entwicklungen des

laufenden Jahres, das durch überhöhte Lagerbestände im ersten Halbjahr und steigende Rohstoffpreise auf der Kostenseite bestimmt war. Selbst unter diesen schwierigen Marktbedingungen haben die Unternehmen in Deutschland die Umsätze weiter steigern und den Kapitalgebern eine angemessenen Verzinsung auf das eingesetzte Kapital bieten können.

Auch für das Jahr 2006 gibt es allen Grund, optimistisch zu sein: Die Lagerbestände haben sich wieder normalisiert. Der Stahlbedarf wird in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres um 6 Prozent steigen. Die Auftragseingänge zeigen steil nach oben (**Bild 7**). Sie sind im September/Okttober um knapp 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Natürlich ist der Wandel auf den globalen Stahlmärkten auch mit Herausforderungen verbunden. Die weitere Entwicklung in China spielt dabei eine entscheidende Rolle:

Dies betrifft zum ersten den **Außenhandel**: Bis zum September 2004 war China in erheblichem Umfang Stahl-Nettoimporteur. Seit diesem Zeitpunkt ist China weitgehend zum Selbstversorger mit Stahl geworden. Wie Sie im Chart erkennen können, haben in den letzten Monaten die im Frühjahr dieses Jahres von China eingeleiteten Maßnahmen zur Exportbeschränkung zu greifen begonnen (**Bild 8**). Dieses Jahr wird voraussichtlich mit einem leichten Importüberschuss abgeschlossen werden. Für die kommenden Jahre rechnen wir – über alle Produkte hinweg betrachtet – mit einer ausgeglichenen chinesischen Stahlbilanz. Der mit 47 bis 50 Prozent extrem hohe Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt lässt den Stahlbedarf weiter wachsen. Hinzu kommt der bisher niedrige, aber wachsende Pro-Kopf-Bedarf an Stahl. Zudem ist auch von chinesischer Seite immer wieder bekräftigt worden, dass man vor allem für den eigenen Bedarf produzieren will.

Wichtig ist auch, dass die **Konsolidierung der chinesischen Stahlindustrie** in Gang kommt. Zurzeit vereinigen die drei größten Rohstahlkonzerne des Landes gerade einmal rd. 15 Prozent der Landeserzeugung auf sich. Unter Berücksichtigung der jüngst angekündigten Fusion der Unternehmen Anshan und Benxi steigt der

Anteil der TOP 3 nur leicht auf rd. 17 Prozent. Von etwa 870 Unternehmen haben nur 15 Unternehmen eine Rohstahlproduktion von mehr als 5 Millionen Tonnen. Die chinesische Regierung hat in diesem Bereich ehrgeizige Pläne (**Bild 9**). Werden sie umgesetzt, wird sich die Weltstahl-Landschaft ein weiteres Mal erheblich verändern.

Welche Rolle spielt die künftige **Rohstoffpolitik** Chinas? Bereits in der Vergangenheit hat China den internationalen Handel in diesem Bereich künstlich beschränkt. Hinzu kommt jetzt die Absicht, die Beteiligung chinesischer Unternehmen an ausländischen Rohstoffherzeugern zu fördern oder deren Rohstoffeinkauf zu begünstigen.

Wir sehen in dieser Entwicklung eine große Gefahr: Bereits heute ist ein freier und fairer Zugang zu metallischen Rohstoffen nicht gewährleistet. Der Markt für Eisenerz wird weiterhin durch ein Oligopol von drei Unternehmen bestimmt. Handelshemmnisse im Rohstoffbereich nach chinesischem Vorbild sind weltweit immer häufiger anzutreffen. Die Politik muss alle internationalen Hebel nutzen, um zu verhindern, dass es zu noch ernsteren Verzerrungen im internationalen Rohstoffhandel kommt. Für unsere Industrie ist dies lebenswichtig.

### **III. Für eine politische Kultur industrieller „Wert-Schätzung“**

Lebenswichtig für unsere Industrie sind aber auch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die den globalen Wettbewerb anerkennen und ausreichend Freiräume für industrielle Schaffenskraft bieten. Umgekehrt gilt aber genauso: Unsere Gesellschaft braucht eine international wettbewerbsfähige Industrie als Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Industrielle Wertschöpfung ist die Basis für die Entwicklung eines modernen Dienstleistungssektors. Sie ist Quelle für technischen Fortschritt und für eine nachhaltige Entwicklung.

Finden diese Leistungen der Industrie ihre „Wert-Schätzung“ in der Politik? Inzwischen wird, nach Jahren der Interneteuphorie und Fokussierung auf Dienstleistungen, die Rolle der Industrie auch in der Politik neu bewertet. Die jüngste **Mitteilung der europäischen Kommission zur Industriepolitik** ist hierfür ein Beispiel. Deutlich wird durch sie, dass wir das ehrgeizige Lissabon-Ziel, einmal zum

wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, nur mit einer leistungsstarken Industrie erreichen können.

Vizepräsident Verheugen hat diese Ansicht immer unterstützt und nun auch erste Schritte in Richtung des dringend notwendigen Bürokratieabbaus und zugunsten einer besseren Rechtsetzung eingeleitet. Ich hoffe, Herr Verheugen, Ihre Stimme wird in der Europäischen Kommission ausreichend Gehör finden, auch wenn es darum geht, die Interessen der Industrie gegen weitere thematische Strategien, etwa aus der Generaldirektion Umwelt, zu verteidigen.

Trotz dieser ermutigenden Anzeichen haben industrielle Belange insgesamt zurzeit zu wenig Gewicht. Von einer politischen Kultur der industriellen „Wert-Schätzung“ sind wir noch weit entfernt. Lassen Sie mich dies anhand von fünf Beispielen aus der Klima- und Energiepolitik verdeutlichen, die besonders einschlägig sind:

- In der **Klimavorsorge** setzt die Politik in Europa auf starre Obergrenzen unter dem Dach des Kyoto-Protokolls. Sie wird nicht als Teil der Wirtschaftspolitik angesehen. Die Beteiligung an einer solchen internationalen Kooperation ist daher für Länder, in denen wirtschaftliches Wachstum Priorität hat, nicht attraktiv. Eine europäische Vorreiterrolle bringt der Klimavorsorge aber wenig, für unser Wirtschaftswachstum geht hingegen viel verloren.
- Statt bei der Klimavorsorge die Industrie in die Verantwortung zu nehmen, etwa über Selbstverpflichtungen, wird sie in Europa in das vermeintlich marktwirtschaftliche, in Wahrheit aber höchst bürokratische Korsett des **Emissionshandels** gepresst. Auch hierdurch wird Wachstum behindert. Und es werden Wettbewerbsverzerrungen geschaffen, nicht nur zwischen Ländern, sondern auch zwischen ganzen Branchen. Besonders benachteiligt sind die Stahlunternehmen in Deutschland. Ihnen werden, mit Ausnahme von Belgien, als Einzigen absolute Minderungsverpflichtungen abverlangt. Und dies, obwohl sie bei ihrer Selbstverpflichtung auf Kurs sind (**Bild 10**). Seit 1990 wurden die CO<sub>2</sub>-Emissionen je Tonne Rohstahl um 14,7 Prozent gesenkt. Dies entspricht dem jährlichen Ausstoß von rund 6 Millionen Personenkraftwagen.

- Die Industrie in Europa und insbesondere in Deutschland wird drittens mit **Strom- und Emissionshandelsmärkten** konfrontiert, die keine Wettbewerbsmärkte sind. Beide zusammen sind in diesem Jahr eine unheilvolle Liaison eingegangen (**Bild 11**). Seit Beginn des Emissionshandels sind die Strompreise überall in Europa gestiegen, in Deutschland um etwa dreißig Prozent. Die Energieversorger beziehen die kostenlos zugeteilten Zertifikate zum aktuellen Börsenkurs in ihre Strompreiskalkulation ein. Sie schaffen es, diese im Markt an die Kunden zu überwälzen, weil es am Strommarkt so gut wie keinen Wettbewerb gibt. Ihnen entstehen dadurch „Windfall-Profits“ in Höhe von rund 5 Milliarden Euro pro Jahr. Dies können wir nicht hinnehmen! Allein für die Stahlunternehmen in Deutschland ergibt sich hierdurch eine jährliche Mehrbelastung von etwa 150 Millionen Euro. Dies sind etwa 15 Prozent der jährlichen Investitionsaufwendungen in der Stahlindustrie. Diese Mittel fehlen für weitere Investitionen, etwa für Forschung und Entwicklung. Der Emissionshandel muss ausgesetzt werden, solange seine schwerwiegenden Konstruktionsfehler nicht beseitigt sind!
- Viertens wird, insbesondere in Deutschland, versucht, gesamtstaatliche Ziele, wie die **Förderung erneuerbarer Energien**, zu erreichen, indem die Industrie durch die künstliche Verteuerung des Energieverbrauchs geschwächt, statt gestärkt wird. Windenergie braucht eine konventionelle Erzeugungsreserve von 92 Prozent, wie eine Studie der Deutschen Energieagentur gezeigt hat. Die Erzeugungsleistung muss also noch ein zweites Mal konventionell investiert werden. Diese Doppelbelastung tragen die Industrie und der Endverbraucher. Industrielle Wertschöpfung, die uns hierdurch verloren geht, kostet uns aus volkswirtschaftlicher Sicht viel mehr als die Verlagerung der Förderung auf das Steuersystem oder die Stufe der Endkonsumenten.
- Fünftens belastet der in Deutschland aus ideologischen Gründen beschlossene **Ausstieg aus der Kernenergie** und **das Umsteuern in Erneuerbare Energien** die Volkswirtschaft zusätzlich mit der unglaublichen Summe von rund 256 Milliarden Euro. Dies sind mehr als 10 Prozent unseres Bruttosozialprodukts und mehr als das Siebenfache des Betrages, den die große Koalition gegenwärtig vor allem durch Steuererhöhungen einzusparen versucht. Durch

den Kernenergieausstieg wird es darüber hinaus unnötig erschwert, ehrgeizige klimapolitische Ziele zu erreichen.

Was erwartet uns in der kommenden Legislaturperiode? Ich fürchte, anstelle des großen Wurfs wird in der Energiepolitik auch in den kommenden Jahren nur Flickwerk geschustert. Trotz einiger Verbesserungen für die Industrie gilt: Die grundlegenden Probleme werden nicht angegangen.

- Zwar bekennt man sich zum Ziel, auch andere wichtige CO<sub>2</sub>-Emittenten in die **Klimavorsorge** einzubinden. An der Vorreiterrolle Deutschlands und Europa wird jedoch festgehalten.
- Zwar will man die Belastungsbegrenzung im **Erneuerbare Energien-Gesetz** verbessern – die unwirtschaftlichen Ausbauziele bleiben jedoch bestehen.
- Zwar will man beim **Emissionshandel** künftig die energieverbrauchende Industrie stärker berücksichtigen – der Emissionshandel selbst wird aber nicht in Frage gestellt.
- Die dringend notwendige Rückbesinnung auf die kostengünstige **Kernenergie** wurde schon im Ansatz erstickt.

Das Urteil über die Koalitionsvereinbarung fällt insgesamt enttäuschend aus. Eine wertschöpfungsorientierte Politik sieht anders aus.

Trotzdem möchte ich noch nicht die Hoffnung begraben, dass auch eine große Koalition eine gute Basis für umfassende Politikmaßnahmen sein kann. Das Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaften Entwicklung, das vor zwei Tagen veröffentlicht wurde, hat gezeigt: Deutschland ist kein hoffnungsloser Fall. Wir können, mutige Reformen vorausgesetzt, Lähmung und Blockade überwinden und wieder zum Antreiber und Vorbild für Europa werden. Wir werden auch in Zukunft diese Reformen einfordern.